Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. u. 25. jeden Monats.

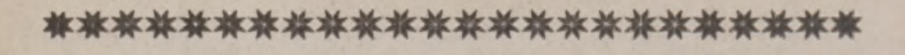
Heft 77. IX. BAND 15. November 1917

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.



Nr. 77. 15. November 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Eine Vereinigung Polens mit Oesterreich-Ungarn?

Der Monat November hat für die neuzeitliche Geschichte Polens eine besondere Bedeutung. Geschichtliche Daten besonderen Ranges verknüpfen sich mit diesem Monat; im November war es, als der grösste Aufstand gegen Russland ausgebrochen war, ein Novemberdatum bezeichnet den Todestag zweier grossen Geistesheroen Polens, Mickiewicz und Wyspiański. Aber auch ein Novembertag bezeichnet die Auferstehung Polens: der 5. November 1916 brachte dem polnischen Volke diese freudige Botschaft. Und gerade ein Jahr später, am 5. November 1917, sollten auch über die Zukunft Polens Beratungen wenn nicht Entscheidungen von der grössten Tragweite stattgefunden haben. An diesem Tage — melden die Berliner Tageszeitungen — ist im Berliner Kronrat auf Grund voraufgegangener Vereinbarungen zwischen dem Staatssekretär des Aeussern, Herrn v. Kühlmann, und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeussern, Grafen v. Czernin, die endgültige Lösung der polnischen Frage und im Zusammenhang damit die Entscheidung über die Zukunft Kurlands und Litauens beschlossen worden. Russisch Polen wird mit Galizien zum selbständigen Königreich Polen vereinigt, dessen Krone auf den Kaiser von Osterreich übergeht, und bildet dann, nur durch Personalunion mit Oesterreich und Ungarn verbunden, den dritten Teil des Habsburgerreiches. Das Gebiet des neuen Königreichs wird durch Teile von Litauen und das geschichtlich zu Polen gehörende Suwalki und Grodno abgerundet. Ferner erhält Polen das Recht der uneingeschränkten Schiff-

fahrt auch auf der deutschen Weichsel, somit also seinen alten geschichtlichen Zugang zum Meere.

Ueber die Zukunft Litauens und Kurlands ist folgende Vereinbarung getroffen: Kurland wird zum Herzogtum, Litauen zum Grossfürstentum erklärt. Beide Länder werden durch Personalunion dem preussischen Staate angegliedert, indem der König von Preussen Grossfürst von Litauen und Herzog von Kurland wird, und erhalten jedes einen eigenen Landtag. Selbständige Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden sie also hierdurch nicht.

Nach den letzten Zeitungsmeldungen wurde über das endgültige Schicksal der besetzten Gebiete im Osten die Entscheidung zwar noch nicht getroffen, die Verhandlungen zwischen den beiden Zentralmächten bewegen sich aber in der oben gekennzeichneten Richtung.

Diese Meldungen sind für einen Polen von überwältigender Grösse: der hervorstechendste Moment, nämlich die Vereinigung Polens mit Galizien, würde einen solchen Fortschritt in unserem nationalen und staatlichen Leben bedeuten, dass er — bevor kritische Erwägungen hinsichtlich anderer Punkte hervortreten — die grösste Freude auslösen müsste.

In der Nummer vom 8. d. M. brachte die „Frankf. Zeitung“ über Polen einen von einem Deutschen in Warschau geschriebenen Aufsatz. Der Verfasser führt Folgendes aus: Die Lösung der polnischen Frage besitzt im gegenwärtigen Statium drei Möglichkeiten: Angliederung an das Deutsche Reich, Angliederung an Oestereich-Ungarn und Neubildung eines unabhängigen polnischen Staatswesens. Dazu käme eine vierte Möglichkeit: Rückgabe an Russland. Von einer Teilung Kongress-Polens zwischen Preussen und Oesterreich braucht billigerweise nicht mehr gesprochen zu werden. Der Verfasser ist auch absoluter Gegner der Rückgabe Polens an Russland. Geben verpflichtet mehr als Nehmen. Die Zentralmächte seien durch ihr Versprechen an Polen

gebunden und jeder Versuch, die Freiheit des Handelns zurückzugewinnen, würde für sie eine so schwerwiegende aussenpolitische Schädigung bringen, wie sie nach dem Krieg im Osten unter keinen Umständen gut gemacht werden könnte. Uebrigens haben sich seit der russischen Revolution die Verhältnisse derart geändert, dass die Auslieferung der Polen an die russische Demokratie keinen praktischen Wert mehr hätte. Eine Einseitigkeit und Verneinung jeder praktischen Politik begehen — nach der Meinung des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ — jene Politiker, die noch immer einer Angliederung Kongress-Polens an das Deutsche Reich das Wort reden. Diejenigen die das wünschen, scheinen wohl nicht darüber nachgedacht haben, wie bald ihnen die polnische Welle über den Kopf schlagen würde, wenn sie sich ins Deutsche Reich ergösse. Was die Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn anbetrifft, bezeichnet es der Verfasser als ein gefährliches Experimentieren, er sieht darin die Gefahr, dass Oesterreich-Ungarn in absehbarer Zeit aufhören müsste, Deutschlands Bundesgenosse zu sein; einerseits müsste die Gegensätzlichkeit Ungarn gegen diese neue Staatsbildung in zunehmendem Geiste sich offenbaren, andererseits aber würde das in seinem Deutschtum scheinbar gestärkte Oesterreich nun zum Handlanger zweier selbstherrlicher vielfach divergierender Staaten erniedrigt. So bleibt für den Artikelschreiber der „Frankfurter Zeitung als beste Möglichkeit die bestehende.

Schon als diese Worte geschrieben waren, waren sie durch die Beratungen in Berlin überholt. Den höchsten Vertretern der deutschen und der österreichisch-ungarischen Staatsgewalt mussten doch sehr gewichtige Staatsnotwendigkeiten vorschweben, als sie die neue Formel ins Auge fassten. Man geht nicht zu weit, wenn man annimmt, dass die oesterreichischen Vertreter einem heissen Wunsche ganz Galiziens Rechnung tragen möchten, aber auch einem vielfach ausgedrückten Wunsche der Deutschen in Oesterreich, ferner dass

sowohl Deutschland wie Oesterreich-Ungarn mit der neuen Lösung eine sichere Gewinnung Polens für den mitteleuropäischen Bund erhoffen. Und das wäre auch der Fall.

Was spricht gegen diese Lösungsmöglichkeit? Ein Teil der deutschen Presse ist gegen diese Lösung ins Feld gezogen, sowohl aus formellen wie auch aus meritorischen Gründen. Sowohl von der Linken wie von der Rechten. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Seit dem 5. November vorigen Jahres haben wir die damals in Angriff genommene Regelung Schritt für Schritt in festere Formen gebracht, zuletzt noch durch die Einsetzung des Regentschaftsrats. Allein bei dieser Gelegenheit machte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ immerhin noch den Vorbehalt, dass alles Endgültige und Abschliessende dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Ein solcher Vorbehalt ist jetzt nicht mehr möglich. Denn es ist klar, dass, wenn der Kaiser von Oesterreich und der König von Ungarn sich die Krone Polens aufs Haupt setzt, dieser Schritt nicht rückgängig gemacht werden kann, ausser nach einem Zusammenbruch seiner Macht. Und nicht anders liegen die Dinge, wenn der Deutsche Kaiser den Titel eines Grossfürsten von Litauen und eines Herzogs von Kurland annimmt. Damit sind aber unsere Friedensbedingungen nach Osten hin in territorialer Hinsicht endgültig festgelegt, für die Verhandlung frei bleiben ebenfalls untergeordnete Fragen der Grenzlinienführung. Wir glauben, in London wird man flaggen. Als die Proklamation am 5. November vorigen Jahres erfolgte, waren mit einem Schlage alle auf einen Sonderfrieden mit Dautschland gerichteten Bestrebungen in dem damals noch zaristischen Russland von der Bildfläche verschwunden. Der jetzige Schritt würde eine ähnliche Wirkung haben.“

Das Tendenziöse dieser letzten Bedenken ist ja ganz klar. Jederman weiss, dass auch nach dem Akt vom 5. November gerade das zaristische Russland sei-

ne Friedensneigung nicht aufgegeben hat, sonst hätte ja auch Protopopow es nicht zur Revolution geführt. Auch im gegenwärtigen Moment sehen wir, dass der Akt vom 12. September, der doch für die Lostrennung Polen von Russland mehr bedeutete, als die Vereinigung Polens mit Galizien, die Friedensneigung derjenigen Elemente in Russland, die für den Frieden überhaupt zu haben sind, gar nicht verringert hat; im Gegenteil, der Bolschewismus nahm zu und mit ihm der Wille zum Frieden. Wer den Frieden in Russland nicht will, das sind die Kadetten, aber diese sind gewiss nicht um den Preis von Polen zu gewinnen. In seinem Schwanengesang im russischen Parlamente sagte das ausdrücklich Tereszczenko Es ist eine arge Verdrehung, der sich ein Teil der Presse mit der Rede Tereszczenkos vom Ende Oktober ds. Jahres schuldig gemacht hat. Der damalige Aussenminister Russlands protestierte gegen den deutschen Imperialismus, der die eroberten Länder wirtschaftlich beherrschen will: er protestierte gegen das Abschneiden Russlands vom Meere, nicht aber mit einem einzigen Worte gegen die Schaffung eines polnischen Staatswesens. Das hat ja auch Russland zugegeben, nur hat es seinerzeit eine militärische und diplomatische Konvention mit Polen verlangt: in den letzten Monaten finden wir auch dies Verlangen nicht mehr. Das ganze Polentum in Russland, auch von unserem gegnerischen Lager, betont die vollständige Unabhängigkeit Polens; wir verweisen auf den Aufsatz in unserer heutigen Nummer „Die Ententediplomatie und Polen", der auch bestätigt, dass sämtliche Ententemächte diesen Standpunkt einnehmen. Polen hat eigentlich aufgehört einen Zankapfel zwischen den Zentralmächten und Russland zu bilden. Wer letzterem ein Geschenk aus Polen machen möchte, der macht ein Geschenk, das von Russland nicht verlangt wird und bei den freiheitlich gesinnten Russen nur Verachtung auslöst, welche denjenigen gebührt, die mit anderen Völkern nur schachern möchten, statt ihnen das Selbstbestim-

mungsrecht zu überlassen. Und wenn Russland nichts gegen ein unabhängiges Polen aus den ihm entrissenen Gebieten hat, umso weniger kann es Einwände gegen die Vereinigung dieses Landes mit einem Teil der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie erheben — was doch nur eine interne Angelegenheit zwischen Polen und Oesterreich wäre.

Dies zur Kenntnis des „Berliner Tageblattes“ und des „Vorwärts“ die in der zur weitgehenden Lösung der Polenfrage der Vorwurf des Annexionismus und somit ein Friedenshindernis erblicken. Nein, die Vereinigung Polens mit Galizien wäre nicht nur kein Annexionismus, sondern sie liegt vielmehr auf der Linie der russisch-englischen Friedensformel, sofern letztere aufrichtig gemeint ist. Die jetzt in Erwägung gezogene Lösung, bezw. die Uebertragung der polnischen Krone an den österreichischen Herrscher kann doch durch Beschluss einer entsprechenden polnischen demokratischen Vertretung geschehen; ferner kann diese Lösung auf Grund der Selbstbestimmung der polnischen Nation erfolgen — und wir zweifeln keinen Augenblick, dass in Polen und in Galizien eine überwältigende Majorität in jedem Augenblick dafür zu haben sein würde. Vom Annexionismus wäre somit keine Rede und es wäre nur zu wünschen, dass England in Aegypten, Indien, Irland auch so verfahre, wie wir es in Polen sehen möchten Merkwürdig aber, diejenigen deutschen Publizisten, die so ein zimperliches Gewissen Russland gegenüber haben, hatten es nicht als Russland eine Reihe von Fremdvölkern auf das barbarischste unterdrückte, und auch nicht, wenn England das tut. Dieselben zarten Gemüter, die sich so stark durch den sogenannten Annexionismus der Zentralmächte besorgt fühlen, sprechen gleichzeitig dem russischen Annexionismus dass Wort, treten für Abhängigkeit von Russland solcher Länder, wie Polen, Litauen und Kurland, wo es nicht einmal 4% Russen gibt, ein. Wäre das nicht die schlimmste Vergewaltigung?

Nein, mit lauter diplomatischer Schlauheit oder auch materialistischer Geschichtsauffassung kann die Welt nicht regiert werden. Uebrigens, was Russland anbetrifft, müssen wir noch sagen, wenn Polen von demselben ganz unabhängig als gleichberechtigter Staat in der Geschichte dasteht, kann es ein guter Nachbar des russischen Volkes werden und ein friedlicher Vermittler zwischen ihm und Deutschland. Solange Polen nicht unabhäagig ist, wird es in diesem Winkel Europas keinen Frieden geben, und sollten ihn die Profitjäger oder auch die ehrlichen Pazifisten mit allen Mitteln herbeiführen wollen. Dagegen vergessen diejenigen, die im Namen der ökonomischen Zukunft eine Verständigung mit Russland wünschen, dass der Weg nach Russland über Polen führt, dass Warschau der wichtigste Transitplatz für die nach Russland exportierende westliche Industrie ist, dass die zufriedengestellten Polen ungeheuer viel für die Wahrnehmung der deutschen Interessen in Russland tun können.

Nein, die endgiltige Begründung des grösseren polnischen Staates wäre kein Friedenshindernis und keine sterbliche Kränkung für Russland. Tereszczenko hat nur Deutschlands Desinteressement betreffs Polen verlangt und der Vertreter der russischen Demokratie für die Pariser Konferenz, Skobelew, erklärte im russischen Vorparlament wörtlich: „Was Polen anbetrifft, so hat die russische Demokratie alles getan, was in ihrer Macht lag und wird es auch in Zukunft tun, damit die polnische Nation in der Zukunft so vereinigt wie das nur möglich sein wird und als unabhängiges Reich auftreten kann.“ Wir unterstreichen die feine Nuancierung des russischen Arbeiterführers, in der doch auch alles zu finden ist, nur nicht die Ablehnung eines grösseren, unabhängigen Polenstaates. Müssen denn manche nichtrussische Publizisten russischer sein, als die Russen selbst?

Merkwürdig ist, dass manche deutsche Politiker die neue Lösung der Polenfrage ablehnen wegen zuviel Annexionismus, während andere sie verurteilen wegen zu wenig Annexionismus; so jammern mehrere alldeutsche Blätter, dass durch die neue Formel Polen ihnen ganz verloren gehen muss. Sollte das einen Weg zum Frieden bilden?

Wir sind nicht berufen, die Interessen des Deutschen Reiches wahrzunehmen, es ist aber für uns selbstverständlich, dass die leitenden Staatsmänner Deutschlands, die die neue Formel angenommen zu haben scheinen, ihre guten Gründe vom reichsdeutschen Standpunkte aus hatten. Betreffs Polen sehen wir diese guten Gründe darin, dass das Grössere Polen 1) ein leistungsfähiger und zuverlässiger Bundesgenosse der Zentralmächte wird; wenn man schon ein Polen schafft, hat es ja nur einen Wert, wenn es wirtschaftlich und militärisch für seine Verbündeten ein produktiver Faktor sein wird. Und Polen wird es sein. Entweder wird Russland den Ausgang des gegenwärtigen Krieges, der auch sowieso für Russland traurig sein muss, ruhig entgegennehmen und seinen inneren Aufgaben sich zuwenden, und dann hat Polen keinen Grund, nach Russland zu gravitieren, es wird als friedlicher, wirtschaftlicher und kultureller Vermittler zwischen dem Westen und Osten wirken und umso intensiver seine Beziehungen zu den Befreiern ausbauen, mit denen es kulturelle, wirtschaftliche und politische Interessen gemeinsam hat; oder Russland wird an Revanche denken, d. i. in erster Reihe an einen neuen Krieg mit Deutschland, um so mehr Grund für die Schaffung eines starken, territorial, numerisch und psychologisch ergibigen Polenstaates. Das zweite Motiv der deutschen Reichsregierung wird wahrscheinlich der Wille zur Vertiefung des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn sein. Es ist heller Unsinn, was von mancher Seite behauptet wird, dass das Gegenteil eintreten könnte. Wir wissen nicht, wie das Verhältnis Polens zur Habsburgischen Dynastie und

Monarchie gedacht wird; wir glauben jedoch, die Tatsache allein, dass die Deutschnationalen in Oesterreich in der neuen Formel eine willkommene Entlastung und grössere Zukunftsmöglichkeit für sich erblicken, den Reichsdeutschen doch zu denken geben sollte. Wer tritt der neuen Formel in Oesterreich-Ungarn entgegen? In Ungarn war dagegen seinerzeit Graf Tisza; nach dem wackeren und klugen Auftreten des Grafen Andrassy ist aber dieser Widerstand geschwunden. Und mit Recht. Für die Ungarn bedeutet das grössere Polen eine starke Schutzmauer gegen Russland, das doch in Ober-Ungarn im Jahre 1914-1915 in unheimlicher Weise gastiert hat, überhaupt gegen die Gefahr des Panslavismus Und wer daran noch zweifelt, der lese die letzten Berichte aus dem Wiener Abgeordnetenhause. Gegen die neue Berliner Formel traten am heftigsten doktrinäre Sozialdemokraten und Panslavisten auf. Die letzteren eben deswegen, weil sie in der Errichtung des Polenstaates eine Vormauer gegen den Panslavismus erblicken. Und da kommen ihnen reichsdeutsche Blätter, alldeutsche Politiker zu Hilfe. Alldeutsche und Allslaven in gemeinsamer Aktion — ist das nicht ein Schauspiel für Götter? Die weiterblickenden deutschen Staatsmänner haben aber die Lage richtiger beurteilt. Sie wissen wohl, dass die Habsburger Dynastie, auf die überwiegende Mehrheit der Ungaren, der Polen und der österreichischen Deutschen gestützt, sich nie gegen das Deutsche Reich wenden wird, dagegen würde das Ausbleiben der Polen in dieser Phalanx das österreichische Bündnis vielleicht gefährden. Der dritte Hauptgrund für die neue Formel wäre die Schaffung einer vollzogenen Tatsache mit Zustimmung und Zufriedenheit der Polen. Jeder Kenner der internationalen Lage weiss gut, was für eine Rolle in ihr das Polentum spielt und dass jeder geschickte Schachzug der Zentralmächte in der Richtung der Selbständigkeit Polens einen harten Schlag für die Ententemächte bedeutet. Der Ententediplomatie geht allmählich

einer der wichtigsten Trümpfe verloren; einige Millionen Polen, die in Russland und in anderen Ländern wohnen, erblicken ihren Krystallisationspunkt nur in Warschau, in den von den Zentralmächten eingesetzten nationalen Behörden. Trotzdem ist noch damit zu rechnen, dass in Russland und Amerika hunderttausende Polen in den falschesten Begriffen über Deutschland leben; eine grose Zahl von ihnen diente oder dient in den feindlichen Armeen und wird vom Gift der feindlichen Agitation beeinflusst. Nach dem Kriege kehren alle diese Leute in die Heimat zurück. Sollten sie ein mächtiges, zufriedenes Vaterland finden, so werden sie treue Anhänger des neuen politischen Systems sein; wenn aber nicht, so würden sie ganz unerwünschte Fermente in das neue Leben hineinbringen. Es besteht somit die dringende Notwendigkeit, jetzt schon eine solche Lage zu schaffen, die alle denkenden Polen mit Begeisterung und Anhänglichkeit erfüllen müsste.

Dazu gehört aber — sagen wir es gerade hinaus — eine entsprechende Lösung der polnisch-litauischen Frage. Die Zeitungsnachrichten brachten auch die Meldung, dass Litauen ein selbständiger Staat werden soll. Die Selbständigkeit Litauens wird auch aufrichtig von den Polen gewünscht; freilich in einer staatsrechtlichen Beziehung zu Polen. Das Wichtigste für uns ist aber die Frage, was unter Litauen verstanden wird. Ein Litauen im herkömmlichen, populären Sinne gibt es eigentlich nicht. Es gibt ein Land, das im Nordwesten von einer kompacten litauischen Mehrheit bewohnt wird; im grossen Zentrum, das mit Kongress-Polen benachbart ist, von einer überwiegend polnischen Bevölkerung, und gegen den Osten von Weissruthenen und Polen. Kein verständiger Mensch wird erklären können, warum das Zentrum und der Osten dieses Landes, wo es fast gar keine Litauer gibt, dagegen die polnische Bevölkerung, polnischer Besitz, polnische Kultur und staatliche Ueberlieferung vorherrschend sind, den Litauern untergeordnet werden sollen.

Das wäre eben eine Vergewaltigung, die in sich Keime grosser Gefahren tragen würde. Dagegen muss sich jeder Pole und auch jeder politisch denkende Deutsche sträuben. Was litauisch ist — kann und soll den Litauern gegeben werden, nicht aber ein Bezirk mehr, denn das ist polnisches Gut und polnische Zukunft. Das ist nicht nur von polnischem Blut geheiligt, sondern auch der Acker für eine Unzahl polnischer Bauern und Arbeiter. Wenn etwas Polen von Russland trennen kann, so ist es eben Wilno, die für uns geheiligte Stadt, an die sich die Litauer manche Ansprüche erkünsteln können, wobei aber die Tatsache unumstösslich bleibt, dass in diesem Wilno keine 3 Prozent Litauer vorhanden sind. Hier liegt der Angelpunkt der ganzen Frage. Um Wilno zu behaupten, sind die Polen zu allen Opfern bereit. Wenn eine Gruppe der ausländischen Polen auf den englischen oder amerikanischen Leim geht, so wird sich das total ändern, wenn Wilno zu Polen geschlagen wird; wir wissen doch sehr gut, dass von den Engländern oder Russen dies nicht zu haben ist Für den polnischen Staat bedeutet dies nicht nur einen notwendigen und ihm zukommenden Zuwachs, sondern auch die erwünschte, bundesgenössische Leistungsfähigkeit und eine Werkstätte, die die Arbeit und moralische Kraft von ganzen Generationen in Anspruch nehmen und womit die polnisch-preussischen Beziehungen eine erhebliche Entlastung erfahren würden. Wir wünschen und könnten eine Verständigung mit den Litauern erlangen, es würden sich verschiedene modi vivendi finden, wenn aber eine Scheidung herbeigeführt werden muss, wird kein Pole auf Wilno verzichten.

Und so stehen wir vor einer neuen historischen Wendung, die uns die letzten deutsch-österreichischen Beratungen gebracht haben. Es ist schwer, zu sämtlichen, mit ihr verbundenen Fragen Stellung zu nehmen, solange sie in ihren Einzelheiten nicht genau bekannt

sind. Es eröffnet sich eine Zeit von Kämpfen, aber auch schönen Perspektiven. Die Polenfrage, in ein neues Stadium getreten, bezeugt nochmals ihre lebendige, immanente Kraft. Sie wurde seinerzeit, wie Reichskanzler Bethmann Hollweg sich ausgedrückt hat, nicht vom Willen Einzelner, sondern vom Geschicke des Krieges aufgerollt; dieselbe Notwendigkeit lässt dies ins Rollen geratene Geschick allmählich weitere Kreise umfassen, bis zum Endergebnis, das nur in der Wiedergutmachung eines jahrhundertlangen Unrechts, in der Wiederaufrichtung eines grossen, unabhängigen Polenstaates, unter freigewählter, katholischer, dem Volksherzen nahe stehender Dynastie bestehen kann. Wohl dem Staatsmanne, der den Sinn dieses historischen Prozesses versteht und als Mithelfer sich an ihm beteiligt. Er wird Grosses für sein eigenes Vaterland und für das neue Europa, das seinerzeit Herr von Bethmann Hollweg prophezeit hat, leisten.

Die Polenfrage ist nun in ein neues Stadium eingetreten und nichts kann sie aus dieser Richtungslinie hinausbringen.

Die Aufnahme der neuen Wendung in der Polenfrage in Wien.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Regierungen in Berlin wurden alsbald auch in Wien bekannt und haben dort das grösste Aufsehen erregt. In Wien wurde die neue Wenduug in dem Sinne aufgefasst, dass eine Umwandlung der österreichisch-ungarischen Monarchie in der Richtung des Trialismus bevorstehe. Es machte sich sofort eine Reaktion geltend und zwar aus drei Gründen: Die Sozialdemokraten und Pazifisten erblicken in der neuen Wendung eine Beeinträchtigung der Friedensmöglichkeiten; aus n a t i o n a l e n Gründen haben ihre starken Bedenken die Ruthenen, die nicht mit Ostgalizien dem neuen polnischen Staat angegliedert werden möchten, ferner die Tschechen und Südslaven, die ihre Isolierung im österreichischen Abgeordnetenhause befürchten; manche wirtschaftliche Kreise heben schliesslich hervor, dass durch die Umgestaltung der Monarchie ein ganzer Komplex von finanziellen Problemen (die Quotenfrage zwischen Teilen der Monarchie, das Zollverhältnis) total verändert werden würde.

Das wichtigste wäre aber das politische und nationale Moment. Von diesem Standpunkte aus nehmen die nationalen Deutschen an, dass durch die geplante Lösung die politischen Verhältnisse in Oesterreich sich erheblich zu gunsten der Deutschen verschieben werden.

Im Wiener Abgeordnetenhause bilden seit dem 7. November die Nachrichten aus Berlin das ausschliessliche Gesprächsthema.

In den Ausschüssen wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Im Budgetausschuss stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen den Antrag, den Ministerpräsidenten in den Ausschuss einzuladen, damit er dort Auskünfte erteile. Die gleiche Forderung wurde vom Abgeordneten Dr. Renner (Soz.) erhoben.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 8. November ergriff Abg. Renner das Wort zu einer Erklärung. Er führte aus, der Verfassungsausschuss könne nicht vorübergehen an den Meldungen über den Staatsakt, der die Verfassung Oesterreich-Ungarns aufs tiefste berührt. „Wir wünschen den Polen das Beste“, sagte Redner, „aber wir müssen dagegen feierlich Einsprache erheben, dass ein Akt, der aller Wahrscheinlichkeit nach vom internationalen Friedenskongress im Vertragswege zu vollziehen wäre, nun auf einseitige Weise vollzogen wird und hiedurch den Anschein einseitiger Eroberungsabsichten hervorgerufen wird. In dem Momente, wo wir soeben erklärt haben, dass wir einen Verständigungsfrieden wollen, werde durch den geplanten Akt der Krieg ins Unabsehbare verlängert. Wir und die ganze Welt fühlen uns durch diesen Staatsakt dupiert, der mit den Erklärungen unseres Ministers des Aeussern im schärfsten Widerspruch steht, Wir protestieren gegen jeden Versuch, den Vorgang vom Jahre 1867 zu wiederholen und durch vollzogene Tatsachen einer einverständlichen und vertragsmässigen Auseinandersetzung zwischen den österreichischen Völkern und der polnischen Nation zu präjudizieren. Zahlreiche Rechtsverhältnisse, so über die Staatsschuld, über die Quote, über das Verhältnis zu Ungarn und insbesondere über die Zoll- und Handelsbeziehungen. müssen vorher vertraglich vereinbart werden. Wir erklären hiemit“, schliesst Redner, „dass, wenn es auf uns ankommt, wir keine andere Lösung akzeptieren, als diejenige, die auf dem Friedenskongress der Welt geschaffen und durch freie Verträge der polnischen Nation mit uns geschlossen werden wird“. Dr. Renner beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Angelegenheit.

Die Abgeordneten Dr. Ofner, Dr. Redlich und Dr. v. Mühlwerth schliessen sich der Anschauung des Vorredners an.

Im Budget-Ausschusse berührte dieselbe Angelegenheit vom Standpunkte der Sozialdemokraten Dr. Ellenbogen, während Dr. Koroszec im Namen der Südslaven gegen die Erledigung der Frage ohne den Reichsrat protestierte. Die Ukrainer brachten eine dringliche Anfrage ein und überreichten einen geharnischten Protest.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. ds. Mts. wurde die Angelegenheit zum Gegenstand einer leidenschaftlichen, wenn auch kurzen Debatte. Sämtliche Parteien nahmen zur Frage Stellung und

zwar in der Form von dringlichen Anfragen, die die Ukrainer, Südslaven, Tschechen, deutsche Sozialdemokraten, Rumänen und Wiener Freiheitlichen einbrachten.

Im Namen des Polenklubs gab Abg. Głąbiński die Erklärung ab, der Klub halte an dem Beschlusse vom 28. Mai d. J. fest und erwartet, dass über das Schicksal Polens nicht ohne Wissen und Teilnahme der polnischen Volksvertretung entschieden werden wird. „Wir hatten auch keinen Grund, daran zu zweifeln, dass sämtliche berufene Faktoren, und insbesondere das österreichische Parlament, in erster Linie dessen slawische und freiheitliche Parteien, welche die Teilungen Polens immer verurteilten und als verhängnisvolle internationale Verbrechen stempelten, es nicht unterlassen werden, unsere Bestrebungen vorbehaltlos zu unterstützen, um das durch die Teilungen Polens ehemals der ganzen polnischen Nation und den Grundlagen des internationalen Rechtes zugefügte Unrecht wieder gutzumachen und für Europa wie für die ganze Menschheit Vorbedingungen eines dauernden Friedens zu schaffen. Wir gönnen einem jeden Volke Freiheit und Selbstbestimmung, haben aber das Recht, zu verlangen, dass die Wiederherstellung Polens, deren wesentlichster Bestandteil die Wiedervereinigung Galiziens mit Polen bildet, von Vertretern anderer Völker nicht an Vorbehalte und Bedingungen geknüpft wird. Es ist selbstverständlich, dass im polnischen Reich jede Nation und jede Konfession volle Gleichberechtigung geniessen wird und dass kein Anstand werde dagegen erhoben werden, dass dem ukrainicshen Volke im Rahmen des polnischen Staates seine vollen nationalen Rechte gewährleistet werden“.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler führte aus: „Es ist begreiflicherweise für mich nicht leicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt auf alle umfassenden Anfragen zu antworten, deren Inhalt vor ihrer Verlesung nicht bekannt war. Gleichwohl möchte ich, um den Intentionen des hohen Hauses möglichst entgegenzukommen, nicht zögern, schon heute folgendes auszuführen: Zunächst gestatte ich mir, mich auf die Erklärung zu beziehen. die ich gestern in gleicher Angelegenheit im Budgetausschuss abzugeben die Ehre hatte. Wie ich gestern im Budgetausschuss erklärt habe, kann heute noch nicht davon gesprochen werden, dass die polnische Frage gelöst sei; solange die mit der kaiserlich deutschen Regierung eingeleiteten Vorbesprechungen nicht zu einer vollen Klärung geführt haben, ist es naturgemäss auch nicht möglich, zu sagen, wie diese Frage gelöst werden soll. (Zwischenruf.) Falls aber in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie suchen sollte, so würde natürlich der ganze Komplex jener Fragen, die im legislativen Wege ausgetragen werden müssen, dieser Erledigung vorbehalten bleiben und der österreichischen Volksvertretung rechtzeitig und ohne Präjudizierung Gelegenheit zur Stellungnahme geboten werden. (Zustimmung.) Ich möchte noch ausdrücklich betonen, dass die polnische Frage — möge ihre Lösung welche immer sein — kein Friedenshindernis darstellen kann, weil sie eine Vergewaltigung ausschliesst. (Zwischenrufe.) Nach freier Wahl soll

der polnische Staat sich in Zukunft seine politische Orientierung suchen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der früher gekennzeichneten Sachlage wäre es verfrüht, wenn die Regierung sich aur eine Erörterung darüber einlassen wollte, ob und welche Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse Oesterreichs aus dieser und jener Lösung der Frage des Königreichs Polen entstehen würden. Es bedarf jedoch wohl nicht erst besonderer Erwähnung, dass die Regierung alle in Betracht kommenden Eventualitäten im Auge behält, und dass den bei Lösung dieser Fragen in Betracht kommenden Nationalitäten Gelegenheit geboten werden wird, ihren berechtigten Wünschen Gehör und Gewicht zu verschaffen. Jedenfalls wird die Regierung sorgfältigst darüber wachen, dass — möge was immer sich vollziehen — Oesterreich nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Wechsel der Dinge hervorgehen wird, und dass sich seine Völker unter voller Sicherung ihrer Interessen der Segnungen nicht nur des äusseren, sonderu auch des inneren Friedens dauernd erfreuen können. (Lebhafte Zustimmung.) Indem ich bitte, diese Darlegungen zur Kenntnis nehmen zu wollen, glaube ich, dass die von der Regierung in mehrmonatigem vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit dem Reichsrate auf allen Gebieten ihres Wirkens bekundete Haltung dem hohen Hause volle Gewähr dafür bietet, dass sie stets und unter allen Umständen die Bestimmungen der Verfassung und die Rechte der Völker unverbrüchlich zu wahren entschlossen ist. Was diejenigen Punkte anbelangt, auf die ich heute nicht einzugehen in der Lage war, so muss ich mir vorbehalten, auf diese Fragepunkte ebenso wie auf verschiedene in den Begründungen enthaltenen Bemerkungen im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Aeussern eventuell im Laufe der Debatte zurückzukommen." (Lebhafter Beifall).

Im Anschluss an diese Debatte wird aus Wien folgendes amtliches Communique veröffentlicht:

Wien, 10. November. (W. B.) Der dreitägige Aufenthalt des Ministers des Auswärtigen Czernin in Berlin hat zu vollständig falschen Kommentaren Anlass gegeben. Die Ursache der haltlosen Gerüchte wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Männer, die an den Berliner Verhandlungen nicht teilgenommen haben und garnicht wissen konnten, was dort gesprochen worden ist, haben Nachrichten in die Welt gesetzt, die von anderen als ernst und vollwertig genommen werden. In der wildzerissenen Zeit, in der wir leben, machten diese durchaus unbegründeten Erzählungen Eindruck. Der Minister des Auswärtigen hatte pflichtgemäss den Wunsch, sich mit dem neuen Reichskanzler baldmöglichst über alle grossen schwebenden Fragen auszusprechen. Es lag ihm daran, dem bedeutend älteren und mit Arbeit überbürdeten Reichskanzler Grafen Hertling die Reise nach Wien zu ersparen. Der Komplex der Fragen, die heute zwischen Berlin und Wien zu erörtern sind, ist ein sehr grosser. Dreitägige Konferenzen genügen knapp, um die verschiedenen Themen zu erörtern. Unter diesen Fragen wurde natürlich auch die polnische besprochen. Das ist richtig. Es ist ja die Pflicht der

leitenden Staatsmänner, über die grossen aktuellen Fragen zu beraten und sie vorzubereiten, bevor sie diese den übrigen kompetenten Faktoren unterbreiten. Auf eine andere Art sind ja die Staatsgeschäfte überhaupt nicht zu machen. Die Ereignisse auf der Weltenbühne überstürzen sich und niemand kann wissen, wie nahe oder wie fern der Friede ist. Um gemeinsam mit Erfolg auf der Friedenskonferenz auftreten zu können, müssen die Verbündeten sich untereinander über die zu verfolgenden Richtlinien klar sein. Wenn nun aus dieser Tatsache gewisse Parteien bei uns den Schluss ziehen, der Minister des Auswärtigen habe eine Schwenkung in seiner Politik gemacht oder sei im Begriff eine solche vorzunehmen, so ist dies eine grundfalsche Auffassung, der auf das allerenergischste entgegengetreten werden muss. Das Programm der österreichisch-ungarischen Regierung hat sich nicht um Haaresbreite verschoben. Ihr Ziel bleibt dasselbe, die baldmöglichste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. Polen ist ein selbständiger Staat, und die neuen Machthaber in Russland konzedieren dem polnischen Volke das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsche des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt.

Polnische Stimmen:

In der „Neuen Freien Presse„ lessen sich über die neue Wendung einige polnische Reichsratsabgeordnete vernehmen:

Vizepräsident Hofrat German

Es ist ja leicht möglich, dass es dem deutschen Kaiser und dem Grafen Hertling gelungen ist, den Widerstand, der sich in massgebenden Kreisen Deutschlands gegen das Projekt erhoben hat, zu beseitigen. Selbstverständlich wünschen und hoffen wir Polen, dass sich die heutigen Nachrichten über das Königreich Polen bewahrheiten mögen. Was die ukrainischen Teile Galiziens betrifft, ist eine Teilung des Landes ausgeschlossen. Aber wir werden selbstverständlich den Ukrainern alle nur erwünschten Freiheiten gerne zugestehen. Wir Polen, die immer nur Gerechtigkeit verlangen und selbst sehr gut wissen, wie man als Minderheit leiden kann, werden allen Minoritäten im Königreich Polen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Reichsratsabgeordneter Daszyński.

Durch den Wandel der Dinge infolge Rückzuges unserer Truppen nach der Affäre von Luck wurden die von Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Hinblicke auf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zum Königreich Polen gehegten Pläne aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die freundschaftlichen Gedanken, welche man in Oesterreich für die Entwicklung der polnischen Interessen hegt, mussten den Plan, der jetzt der Verwirklichung nähergerückt scheint, früher oder später zur Tat werden zu lassen. Was die Schaffung von zwei neuen Staaten

anbelangt, so gehörte das Gebiet von Suwałki, das mit 60 Prozent seiner Bevölkerung litauisch ist, zum Königreich Polen, während die Gouvernements Grodno und Wilno, deren Bevölkerung zum grössten Teile polnisch ist, nach Litauen eingereiht erscheinen. Man darf wohl erwarten, dass dieser Fehler bei der Neuordnung der Dinge dahin verbessert wird, dass Grodno und Wilno dem polnischen, Suwalki dem litauischen Gebiet angegliedert werden. Was die Frage betrifft, wie mit den ukrainischen Teilen Galiziens verfahren werden soll, wenn Galizien in seiner Gänze an Polen fällt, so verweise ich darauf, dass der Polenklub auf Grund des kaiserlichen Handschreibens vom 5. November 1915 in dreimonatiger Beratung einen Verfassungsentwurf für Galizien ausgearbeitet hat, welcher den Teilen des ruthenischen Volkes, die dem polnischen Staatgefüge einverleibt werden sollen, ein solches Ausmass von Autonomie zugesteht, wie nur überhaupt in dem freiesten und vorgeschrittensten Staate der Welt möglich ist. Selbstverwaltung, nationale Kurien in den Vertretungskörpern, Universität und sonstige nationale und kulturelle Erfordernisse sind den Ukrainern in dieser Verfassung gewährleistet. Für die Polen ist die heutige Ankündigung eigentlich keine Ueberraschung, dass Oesterreich-Ungarn und Deutschland im eigenen Interesse bemüht sind, die Sympathien der Polen zu erhalten.

Abgeordneter Freiherr v. Götz.

In höchster Spannung erwarten wir die weiteren Nachrichten über den Stand der polnischen Frage. Ich gehöre einer Partei an, die in dieser Frage ein Programm aufgestellt hat, dass nun verwirklicht werden soll. Trotz aller Veränderungen, die der Krieg mit sich brachte, hielten wir an diesem Programm fest, weil es vernünftig war und eine Reihe von äusserst schwierigen Fragen löste, die im Zusammenhange mit der polnischen Frage stehen. Ich brauche diese einzelnen Fragen nicht zu erwähnen, jeder Politiker kennt sie. Die Lösung, von der wir heute hörten, erfüllt auch unsern innigsten Wunsch, die Habsburger Dynastie auf dem polnischen Thron zu sehen. Es ist daher nicht erst nötig, zu sagen, mit welchen Gefühlen wir diese Nachricht empfangen. Wir werden den Sieg der Gerechtigkeit und Weisheit, der sich bei dieser Lösung zeigen wird, festlich begehen.

Befriedigung in Warschau.

Der Polnischen Pressagentur in Wien wird aus Warschau telegraphiert: Die hiesige öffentliche Meinung verfolgt mit fieberhaftem Interesse die Meldungen über die in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Mittelmächte. Auf Grund der in Warschau eingetroffenen verlässlichen Nachrichten aus Berlin wird von Warschauer politischen Kreisen mit grosser Befriedigung die Tatsache konstatiert, dass der vom Grafen Czernin vertretene österreich-ungarische Standpunkt bei der Lösung des polnischen Problems sich durchzusetzen scheint. Wenn auch die staatsrechtlichen Details noch nicht bekannt oder vielleicht noch nicht gelöst sind, so wird als bestimmt angenommen, dass die Ver-

handlungen in dieser Frage sehr weit gediehen sind und dass die Berliner Besprechungen mit einem allgemein befriedigenden Resultat enden werden, und zwar in einer Richtung, die eine Verwirklichung des austro-polnischen Programms bedeuten wird.

Die Ententediplomatie und die Polen.

Kopenhagen, den 2. November 1917.

Während manche deutsche und österreichische Politiker der Polenfrage die Bedeutung einer internationalen Angelegenheit absprechen möchten, wächst ihre Tragweite von Tag zu Tag und die Diplomatie der Ententemächte trachtet danach, sie als einen der wichtigsten Trümpfe gegen die Zentralmächte auszuspielen.

In London und in Amerika, in Paris und in Petersburg, in Rom und in sämtlichen neutralen Ländern wird seitens der offiziellen und inoffiziellen Ententewelt eine eifrige Agitation getrieben, um das Polentum für sich zu gewinnen: alle Mittel heiligen hier den Zweck. Der unselige Zwiespalt, der — nicht durch Polens Verschulden — zwischen Polen und Preussen besteht, wird auf das ergiebigste ausgebeutet, vertieft, und mit glänzenden optischen Perspektiven für das polnische Auge ausgestattet Die polnischen Nationaldemokraten, soweit sie im Auslande leben, und ihre Schleppenträger, seit Jahren von der Heimat abgeschnitten, voll Erbitterung wegen der Vergangenheit, dem allpolnischen Ideale nachjagend, erniedrigen sich zu Helfershelfern dieser Ententepolitik. Und so ist es gekommen, dass im Auslande, ohne Vorwissen und Mithilfe der Heimat, ein polnisches Nationalkomitee zustande gekommen ist, das die Rolle einer „moralischen Nationalregierung“ usurpiert. Hauptsitz dieses Nationalkomitees ist Paris, sein Vorsitzender Herr Roman Dmowski, der zwar in Warschau bei den letzten Duma-Wahlen glänzend durchgefallen ist, von seinen ehemaligen Wählern sogar zum Wahlmann nicht ernannt

wurde, jedoch den Beruf nicht aufgegben hat, in Petsrsburger, Pariser und Londoner Regierungskabinetten Polen zu repräsentieren. Ihm stehen einige andere Herren zur Seite: in Amerika vertritt diese Interessen der bekannte Musiker Ignacy Paderewski. Am 20. September wurde dies Komitee von der französischen Rcgierung anerkannt und einige Tage später von der englischen.

Gleichzeitig benutzte die Entente den in der ganzen Welt gefeierten Kosciuszko-Tag, um eine grossartige Polendemonstration zu veranstalten. Bedeutungsvoll wurde sie in Petersburg. Befindet sich doch hier der wichtigste Herd des polnischen Lebens für drei Millionen Polen, wenn nicht mehr, die teilweise seit langer Zeit, teilweise seit der Zeit der Kriegsevakuierung, auf russischem Boden ihr Leben fristen. Hier tobt der Kampf zwischen den Nationaldemokraten, die ein polnisches Herr aus den früher in der russischen Armee dienenden Landsleuten bilden möchten, um sich an dem gegenwärtigen Kriege an der Seite der Entente zu beteiliegen, und zwischen demokratischen Elementen, die das Recht, eine polnische Armee zu organisieren, nur der nationalen, in Warschau amtierenden polnischen Regierung zuerkennen. Hier handelt es sich darum, den Polen einen Lockköder hinzuwerfen. Am 15. Oktober dieses Js. fand der Kosciuszko-Abend statt. Nach der vom Führer der Demokraten, Herrn Lednicki, gehaltenen Einleitung, ergriff der russische Minister für Auswärtiges, Tereszczenko ,das Wort und der patriotische Abend verwandelte sich in eine politisch-internationale Demonstration. Der russische Minister charakterisierte die Bedeutung Kościuszkos für Polen, beging eine kleine geschichtliche Fälschung, indem er die Rolle Russlands bei der Teilung Polens verschwieg, dagegen die Nationalitätenpolitik Preussens geisselte und führte weiter aus:

„Hundert Jahre waren vergangen und wieder kam ein Krieg, wieder kamen ganze Jahre des Blutver-

giessens, wieder kam der Jammer der Tränen und der Leiden. Aber aus ihnen wird geboren und gewinnt an Gestalt der neue erhabene Grundsatz, den wir alle bekennen: das Recht der Völker auf Freiheit, das Recht eines Volkstums auf die selbständige Bestimmung seines Schicksals, das grosse Individualitätsrecht. Dieser Grundsatz wurde in der Proklamation der Provisorischen Regierung an die Polen vom 17. März ds. Js. allgemein bekannt gegeben und jetzt erkläre ich, dass die übrigen Mächte der Entente sich den Thesen, die die Provisorische Regierung in ihrem Manifest an die Polen vom 17. März d. J. verkündet hat, anschliessen und anerkennen, dass eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden und Ordnung in Europa die Schaffung eines unabhängigen und vereinigten Polens ist."

Nach Tereszczenko ergriff das Wort der englische Botschafter Buchanan:

„Ich bin glücklich, dass ich Gelegenheit habe, Ihnen, meine Herren Vertreter des tapferen Polens, den brüderlichen Gruss eines befreundeten und verbündeten Volkes zu überbringen, dessen Regierung sich von ganzem Herzen der soeben durch den Herrn Minister des Auswärtigen abgegebenen Deklaration anschliesst.

„Dieser Krieg, den Deutschland so brutal entfesselt hat, (die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses hat der Botschafter geflissentlich weg eskomotiert. Red. der Poln. Bl.) hat das schlafende Gewissen Europas erweckt und hat nach dem Beispiel der französischen Revolution, die das Recht des Individuums verkündete, das Recht der Völker proklamiert und diesen grossen Grundsatz sanktioniert". Als die verbündeten Mächte auf ihre Standarte die Worte geschrieben haben: „Freiheit, Gerechtigkeit und Volkstum", konnten sie nicht mehr ihre Augen vor den Leiden Polens verschliessen oder sich auf die Hilferufe des gepeinigten polnischen

Volkes taub stellen. Das von der Provisorischen Regierung an das polnische Volk gerichtete Manifest war von dem schönen und erhabenen Gedanken eingegeben, die ewigen Rechte Polens zu unterstützen, und die Idee der Wiedergabe der Freiheit und der Unabhängigkeit an das neuaufgebaute und vereinigte Polen wurde durch Grossbritannien heiss begrüsst. Die Erklärung, die der Herr Minister des Auswärtigen soeben abgegeben hat, ist ein neuer Beweis unserer Bestrebungen, eure nationalen Hoffnungen verwirklicht zu sehen."

Nach Buchanan ergriff das Wort der französische Botschafter Noulens. Er stellte fest, dass der Kultus Kościuszkos bei allen Völkern, die das Recht und die Freiheit schätzen, universell ist und sagte dann:

„Heute ist euer Problem, Polen, durch die Mitwirkung aller Verbündeten gekräftigt. Polen, dem die junge russische Revolution im freien Impuls die Unabhängigkeit versprochen hat, befindet sich am Vorabend des Empfanges der Bestätigung und der Garantieen, die alle Verbündeten einstimmig gegeben haben. Ihr tapferen Nachkommen der Ritter, die im Mittelalter die Vorhut des Christentums gebildet haben — ihr steht fast an der Schwelle der Belohnung für eure Anstrengungen und der Verwirklichung eurer vollständig sicheren Hoffnungen; ihr werdet wieder die Wohltaten der Freiheit geniessen. Freuet euch! Die Stunde ist gekommen. Auf dem vom Feuer der Schlachten blutigen Horizont geht die Morgenröte der Genugtuung für Gerechtigkeit und für den Frieden auf."

Es sprach dann noch der italienische Botschafter Carlotti und nach ihm der amerikanische Botschafter Francis. Der letztere sagte:

„Verehrter Herr Vorsitzender, verehrte Herren!

Wir Amerikaner erheben gleichfalls Anspruch darauf, an den Gedächtnisfeiern zur Ehrung des Lebens und des Charakters des hervorragenden Polen Kościuszko Anteil zu nehmen, dieses Mannes, dessen Name

auf der ganzen Welt zum Symbol des Patriotismus und der Freiheit geworden ist.

Hundert und vierzig Jahre sind vergangen seit dem Tage, als Kościuszko sich dem Vater unseres Vaterlandes vorgestellt hat, ohne irgend welchen Auftrag, und die folgenden Worte sagte: „Ich bin gekommen, um als Freiwilliger für Amerika zu kämpfen.“ — „Was können Sie leisten?“, fragte Washington. — „Ich bitte, mich zu erproben,“ antwortete Kościuszko. Und durch vier Monate führte Kościuszko so gewissenhaft seine Obliegenheiten aus, dass der Kontinental-Kongress ihn zum Obersten ernannte. Nach 5 Jahren wurde er auf Washingtons Antrag zum Brigade-General ernannt. Er erhielt den Titel eines amerikanischen Bürgers, eine reichliche Pension und Güter, die ihm ein Leben im Wohlstand gestatteten. Als Kościuszko und seine politischen Freunde im Begriffe waren, New-York zu verlassen, im Dezember 1783, schon nach der Bestätigung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten, kam Washington zu ihm, um Abschied zu nehmen, und sagte: „Im Augenblick des Abschiednehmens ist mein Herz erfüllt mit Liebe und Dankbarkeit: ich wünsahe euch aufrichtigst, dass eure Zukunft ebenso glücklich sein möge wie eure Vergangenheit edel und würdig.“ Amerika wird Kościuszko nie vergessen. In jedem Staate und in zahlreichen Städten unseres Landes finden Sie Denkmäler, die sein Gedächtnis ehren und zeugen von der Dankbarkeit eines freien Volkes für den, der am Kampf für die Unabhängigkeit dieses Volkes teilgenommen hat. Aber Kościuszko hat mehr gesät, als wie seine Landsleute vermutet haben, und die Zeit der Ernte seiner Saat ist nicht mehr weit.

O, wenn Er, Washington und Lafayette an dem heutigen weltgeschichtlichen Drama teilnehmen könnten! Könnt ihr denn Zweifel haben, auf welche Seite sie sich stellen würden, wessen Sache sie verteidigen würden? Ich zweifle nicht und es ist hier kein Platz für solche Zweifel. Kościuszko hat viel vorausgesehen und

er war wahrlich ein Prophet, als er die Worte sprach: „Das für die Freiheit vergossene Blut ist nie vergeblich, selbst wenn es in einem fremden Lande und für fremde Interessen vergossen wurde“.

Hier erfolgte eine fulminante Apotheose des amerikanischen Lebens und der Wilsonschen bekannten Losungsworte, ferner eine Versicherung, dass Amerika nicht die Waffen niederlegen wird, bis seine Kriegsziele erreicht sein werden, schliesslich noch ein Apell an die Verbrüderung im Namen der Ideale Kościuszkos.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen Eindruck diese Reden auf die Polen der ganzen Welt gemacht haben. Diejenigen, die die Wirklichkeit nicht kennen oder nicht geneigt sind, sich die Frage vorzulegen, warum z. B. Kościuszko gegen England und Russland kämpfen musste oder warum England seine grossartigen Ideale nicht auch auf Irland, Indien und Aegypten ausdehnt, lassen sich von diesen schönen Reden leicht berauschen. Und dies umsomehr, als die Entente nicht müde wird, in der ganzen Welt eine Polenpropaganda zu treiben.

So hat auch eine grossartige Demonstration zur Ehrung des hundertjährigen Gedächtnisses des Todestages des polnischen Helden in Chicago stattgefunden. Dort versammelte sich eine nach tausenden zählende Menge vor dem Denkmal Kościuszkos und legte Kränze nieder. Unter anderen trat auch der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Bachmatjew, vor, legte einen grossen Kranz an den Stufen des Denkmals nieder und richtete eine längere Ansprache an die Versammelten, die mit folgenden Worten schloss: „Das Ziel der Weltdemokratie ist die Schaffung und Begründung eines neuen Lebens der Nationen auf der Grundlage der Freiheit und der friedlichen Entwicklung und für die Zukunft der Ausschluss der Möglichkeit von Ueberfällen, Unterdrückungen und des Blutvergiessens, Dieses Ziel heisst: allen Volkern die Unabhängigkeit und die Sicherheit zu geben, die auf dem Selbstbestim-

mungsrecht beruht. Um das zu erreichen, muss die Demokratie siegen und in dem Sieg der Demokratie liegt die Garantie der staatlichen Unabhängigkeit Polens. Von dem Triumph der Demokratie hängt auch die Sicherstellung der Errungenschaften der russischen Revolution ab und aus diesem Grunde kann ich sagen: Die Freiheit Russlands ist die Freiheit Polens und die Freiheit Polens bedeutet die Demokratie für Russland. Polnische Brüder! Der Triumph der Demokratie und der Sieg der russischen Revolution sind Werte, die Polen die Freiheit sicher stellen können, um die der edle Kościuszko für Polen gekämpft hat. Ich bin stolz. dass ich an diesem für euch so heiligen Denkmal einen Kranz niederlegen kann, als Huldigung des freien Russlands für den Ritter der polnischen Freiheit und als Zeichen der herzlichsten Sympathie des von seinen Ketten befreiten Russlands für die polnischen Brüder, deren Vergangenheit Zertrümmerung, Leiden und Opfer waren, und deren Zukunft — das hoffen wir alle die Vereinigung, Unabhängigkeit und das Glück sein wird. Es sei mir erlaubt, den Ruf auszubringen: Es lebe das freie Polen!“

Obige Rede schaft eben den nötigen Nährboden für die Werbetätigkeit des Herrn Paderewski.

Ich mache auf diese Vorfälle aufmerksam, weil ihre Wirkung nicht unterschätzt werden darf. Zum Glück stehen den Ententebemühungen grosse Parteien in Polen gegenüber, auch in den Ententeländern selbst, die sich die Aufgabe gestellt haben. gewissenhaft ihre Bürgerpflicht zu erfüllen, aber in der Polenfrage nur denjenigen Weisungen zu folgen, die aus der Heimat, von der autoritativen, nationalen Behörde kommen. Die daraus folgenden Konsequenzen können leicht gezogen werden.

Lector.

Mitteleuropa und weltwirtschaftliche Organisation.

(Schluss.)

Im Zellenkern ist urbildlich Gesetz und Form des chemischen und physikalischen Aufbaus aller lebendigen Organe, der Bedingungen ihres Wachstums und ihrer Veränderungen gegeben: ähnlich kann man in diesen Entwicklungsbestrebungen der amerikanischen Staatskunst die Grundzüge des neuen politischen Weltgefüges, wie es aus den Tiefen der gärenden Kriegszeit immer deutlicher körperlich sich abhebt, erkennen. Der ganze Krieg hat ausgesprochenen Festlandscharakter gehabt und gleicher Art ist das Wesen der aus seinen Wehen und Wettern geborenen Politik. So strebt die moderne Staatskunst tatsächlich vorab auf das Ziel der Schaffung festländisch-geschlossener Weltreiche, die in der Rohstoffversorgung und in allen wirtschaftlichen Hifsquellen möglichst unabhängig vom Ausland sind. Dementsprechend ist das Auge der amerikanischen Politik nach unweigerlichen Anziehungs- und Abstossunsgesetzen heute mehr denn je auf Eigenständigkeit, auf politische Unabhängigkeit, wirtschaftliche Selbstversorgung gerichtet; aber vernünftigerweise nicht, um sich gegen die Umwelt abzusperen, sondern um, wie das Flugzeug im Luftreich, nur desto freier und sicherer nach allen Richtungen sich zu bewegen. Gewisse Aehnlichkeiten dieses Machtprogramms mit dem Vierbund und Deutschlands kolonialen Kriegszielen springen in die Augen. Was für die Union Mittel- und Südamerika bedeutet, das ist für die Mittelmächte der Balkan und Westasien, was für jene Westindien, das ist für diese das mittelafrikanische Kolonialreich der Zukunft. Zwei grosse Blöcke weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Macht stellen sich in der Alten und in der Neuen Welt gegenüber. England steht vor der Drohung, auf die Stufe eines Pufferstaates in der Klemme zwischen ihnen herabzusinken. „Geopolitik“

war schon vor dem Kriege zum modischen Schlagwort geworden als Kennzeichnung einer Staatskunst, die „in Erdteilen denkt“; aber erst die Kriegserfahrungen haben ihm Inhalt, Körperlichkeit und festen Ankergrund in Zeitgeschichtlichen Entwicklungstatsachen gegeben.

Hält man sich dieses Fazit vor Auge, so gewinnen sofort jene Ideen vom übernationalen Staat wesenhaftere, greifbare Form. So, wie sie heute meist durch die Welt flatern, sind sie im Grund rein negativen Charakters; sie besagen nur, dass sie ein Gegebenes überfliegen, nicht aber, auf welcher neuen Grundlage sie ruhen sollen. Diese Untermauerung ist aber nichts anders als W e l t w i r t s c h a f t, oder, wie der Sozialist sagen würde, das Kapital, das er als Seele aller wirtschaftlichen Betätigung ansieht, obgleich die grosse offensichtliche Lehre des Kriegs ist, dass die Welt, zum Heil der Menschheit, letzten Endes doch nicht das Geld, sondern Arbeitstüchtigkeit und -zähigkeit regiert. Es handelt sich um nichts anderes als um das Problem w e l t - w i r t s c h a f t l i c h o r g a n i s i e r t e n Machtstaats.

Der Lebensatem alles Handels und Verkehrs ist und bleibt die wechselseitige Abhängigkeit der Menschheitsgruppen in Wirken und Schaffen am Webstück von Gesittung und Kultur, mit anderen Worten: die I n t e r e s s e n v e r f l e c h t u n g. Die gegenwärtige Abneigung gegen die durch das Gemeinbürgschaftsgesetz bedingten Verwicklungen ist gewiss psychologisch begreiflich, beruht aber auf denselben Trugschlüssen, wie der Irrtum des Merkantilismus des 17. und 18. Jahrhunderts, der sich gegen die elementare Kraft wirtschaftlicher Naturgesetze nicht halten konnte und in irgendwelcher neubelebter Form des 20. Jahrhunderts ebenso wenig sich behaupten können wird. Die Bewirtschaftung der grossen überseeischen Weltmärkte lässt sich unmöglich regionalisieren, der Strom ihres Handels nicht dauernd in künstliche Kanäle der „Raionierung“ zwingen ; Auslese der Tüchtigsten nicht im wilden, sondern wohltätig durch Verträge freiheitlichen

Geistes geordnetem Spiel der Kräfte und deren vernünftiges Zusammenwirken sind unveräusserliche Gesetze der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Menschheit.

Damit erscheint nunmehr auch der mitteleuropäische Gedanke in klarer Ausprägung seinen weitesten Entwicklungslinien wie seinen politisch-modernen Grundgesetzen nach. Professor Mitscherlich hat in einer lehrreichen Untersuchung das Problem von „Nationalstaat, Nationalwirtschaft, und ihre Zukunft“ untersucht und gelangt zu dem Ergebnis, diese Zukunft liege in der Begründung von „Unionstaaten“, das heisst in dem Drang eines Nationalstaates, rückblickend auf die Erfahrung, dass das Streben der Aufsaugung anderer Volksteile stets zum Fiasko führe und nur das Gegenteil mit immer schärferer Zuspitzung der Nationalitätenkämpfe zur Folge habe, sich statt dessen mit mehreren Staaten zusammenzuschliessen: als Vorbild eines solchen Systems wird eine Vereinigung Deutschlands mit den skandinavischen Mächten, Belgien, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn zu einem gewaltigen europäischen Staatenring hingestellt. Unionstaat ist aber, wörtlich genommen, im Grunde doch nur eine Uebersetzung von Staatenbund: eine lockere Gussform, die tatsächlich das Deutsche Reich mit der Begründung seines Bundesstaates, der ein durch wirkliche autonome Staatsgewalt geeintes Volk darstellt, überwunden hat. Eben dieser Bundesstaat aber ist es, der nun wieder zu einer höheren Machtstufe emporstrebt, auf welcher er notwendig die Entfaltung freier Kräfte bei den nach natürlichen Fallgesetzen ihm sich angliedernden Staaten wie bei sich selbst zu fördern sucht, weil er nur so sein Ziel, die Schöpfung einer körperschaftlich gleichmässig durchgebildeten Weltwirtschaftsmacht, erreichen kann. Die Organisationsaufgabe, die so gestellt wird, ist bei Licht besehen, nicht einmal neu; in einer für damalige Zeiten bereits vorbildlicher Weise löste sie bereits das altertümliche römische Reich. Was hat einst Rom zu seiner Herrengrösse

erhoben? Straff durchgebildetes und logisch entwickeltes bürgerliches und staatliches Recht, das kraft seiner machtpolitischen Deckung zum Volksrecht wurde. Sodann ein gebieterisches Nationalbewusstsein, dass den Staat einer Organisation der nationalen Gemeinschaft in weitem, aber geschlossenem Umkreis gleichsetzte und diesen mit seinen Gesittungsidealen durchleuchtete. Und schliesslich die Gewährung weitgehender Selbstverwaltungsrechte an die unterworfenen Völker, freilich mit der Einschrankung, dass ihnen volle Bürgerrechte verweigert wurden. Alles das aber zu dem ganz modern anmutenden wirtschaftpolitischen Zweck und Endziel, die römische Herrennation in den Bedürfnissen ihres Lebensunterhaltes und ihres Gewerbes zum „selbstgenügsamen“ Weltstaat zu machen. Die Gegenwart mit ihrem gehobenen sittlichen und weltbürgerlichen Empfinden beseitigt völlig den „Dienstvölker“-Begriff und setzt an dessen Stelle den Grundsatz unbedingter Rechtsgleichheit Die Aufgabe Deutschlands aber ist es, noch weiter zu gehen und auch den letzten Rest antiken Despotengeistes auszumerzen, der sich im britischen System der „Abzugskanäle“, will sagen der Methoden erhalten hat, die Bewirtschaftung fremder Länder einzig nach dem Zweck möglichst grossen Gewinns für den Unternehmerstaat zu regeln. Goethe überflügelte vom Leibnizschen Individualitätsgedanken und vom Kantschen Gesetz aus, dass der Mensch den Menschen niemals als Mittel, sondern stets als Zweck zu werten habe, die Einseitigkeiten und Rückständigkeiten des mittelalterlichen Humanismus, der nicht die Veredelung jedes Einzelnen zur höchsten Stufe menschlicher Vollkommenheit, sondern die möglichst vollkommene Ausbildung der eigenen Persönlichkeit erstrebte und daher mit geistiger Ichsucht, unchristlicher Herrschbegier sehr wohl vereinbart war, kraft der Forderung der Durchgeistung des triebhaften, der Adelung des sittlichen Lebens jedes Einzelnen, der zur Gesamtheit in unlöslichem, von einem höchsten Weltordner gesetz-

ten Rechtsverhältnis stehe; auf dass so aus der Mannigfaltigkeit der persönlichen Gegensätze, Form- und Geistbesonderheiten der höchste Reichtum des Menschlichen im individuellen wie nationalen und weltbürgerlichen Sinn und Dasein sich gestalte. Friedrich List aber übertrug diese Gedanken auf das Gebiet der Wirtschaftschaftspolitik. Von der Erkenntnis ausgehend, dass auf deren Gebiet nicht die Individuen, sondern die sozialen Gemeinschaften handelnd in der Geschichte auftreten, stellte er es als Aufgabe und Zweck der gereiften Einzelvolkswirtschaften hin, nicht in den Kokon selbstgenügsamer Einheiten sich einzuspinnen, sondern mit zunehmender Blüte- und Fruchtentfaltung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Norm der zwischenvolkswirtschaftlichen Arbeitsteilung in immer engere und vielfältigere Fühlung zur Gesamtheit der wirtschaftlichen Organisationen der Erde zu treten. Kurz, er war der Pfadfinder einer höheren, nicht nur national, sondern auch weltwirtschaftlichen Betrachtung des Völkerverkehrs, und man erkennt deutlich, wie deren Pfahlwurzel wiederum jenes selbe deutsche Persönlichkeitsgesetz ist, dem die Welt nur das versinnlichte Material der menschlichen Pflichten ist und dem daher der Staat und dessen Bündnisse mit anderen Staaten nicht blosse Selbst- und Machtzwecke, sondern Mittel zur Schaffung einer vollkommeneren Gesellschaft unter der Herrschaft des freien, vernünftigen, selbstbewussten Ich, des einzelmenschlichen wie des nationalen, in wohltätiger Ordnung sind. Das sind die ethischen Linien, auf denen in geschichtlich folgerichtiger Weise die Idee des wirtschaftlich organisierten Mitteleuropas ausläuft.

Dass von der Stellungnahme Polens zu diesem Problem dessen Lösbarkeit in erster Instanz abhängt, erscheint nach der zentralen Lage des Staatswesens als dem Brücken-Mittelpfeiler zwischen Mittelmeer und Nordsee einerseits, den Mittelmächten und Halbasien andererseits selbstverständlich und wurde in einem Bei-

trag der vorigen Hefte „Polen und sein wirtschaftliches Gleichgewicht“ nach den wichtigsten Gesichtspunkten hin näher zu beleuchten gesucht. Ruedorffer betont in seinem Werk: „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen“ mit Recht, es sei eigentümlich, dass jede Nation, welche stark, stolz und ihrer Eigenart bewusst, also im wahren Sinn des Worts Nation sei, sich für den einzig wahren, den besten Vertreter menschlicher Kultur überhaupt, für den Träger der Menschheitsidee selbst halte und als auserwählte Nation der beste, der ewig richtige Weg zur Menschheit zu sein behaupte. Und mit Recht wird dieser Wetteifer und scheinbare Widerspruch nicht nur als Tatsache aufgezeigt, sondern als notwendig und richtig gebilligt. Denn das „Uebernationale“ ordnet die ganze Menschheit als Ganzes den Nationen über und setzt so anstelle der bunten Mannigfaltigkeit der Völkergesellschaft ein graues, dumpfes Einerlei. Der Auserwählungsgedanke dagegen drängt letzten Endes notwendig zu der Einsicht, dass alle Völker Saiten auf der Harfe der Weltordnung sind und dass, wenn eine zerrissen wird, der Gleich- und Vollklang der Menschheit zerstört ist. Auf der anderen Seite kann sich aber erfahrungsgemäss der Trieb der Angleichung menschlicher Gesittungsformen nur am Stamm ernster, opferfreudiger und pflichtenstrenger praktischer Zusammenarbeit und vom Erdreich der geschichtlich bedingten Wirtschaftsgemeinschaft aller Nationen aus aufranken. In diesem Sinn soll Mitteleuropa als das Licht einer höheren Arbeits- und Rechtsgemeinschaft der in und um seine Grenzen herumwohnenden Völker sich bewähren und also Wirklichkeit werden, was der tiefsinnige Hölderlin vor hundert Jahren ankündigte, mitten in den Wirren der Napoleonschen Kriegsstürme die höheren Gestaltungskräfte einer besseren Zukunft beschwörend:

> Wie auf schlanken Säulen ruh' auf richtigen Ordnungen
> Das neue Leben, und eueren Bund befestige das Gesetz.
> Dann, o ihr Genien der wandelnden Natur,

Dann ladet euch, ihr heiteren,
Das freie Volk zu seinen Festen ein, gastfreundlich, fromm,
Von Herzen nennt man Erde dann dich wieder!

Dr. Frhr. v. Mackay.

Polen und Bulgarien.

Sofia, 16. Oktober 1917.

Trotz des schweren Erdbebens, das die Stadt Sofia und Umgebung in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober ds. Js. heimgesucht hat (zum Glück ohne Menschenopfer), konnten die polnischou Feierlichkeiten zum ehrenden Gedächtnis Tadeusz Kościuszkos ohne Störungen stattfinden.

In der katholischen St. Josephs-Kathedrale zelebrierte der hiesige katholische Bischof, unter feierlicher Assistenz der Priesterschaft, einen Trauer-Gottesdienst, der tatsächlich einen erhebenden Verlauf nahm und einen unauslöschlichen Eindruck auf die Teilnehmer hinterlassen hat. Die ganze Kathedrale war mit Blumen und Bändern in national-polnischen Farben geschmückt. Das vor dem Hochaltar aufgestellte symbolische Leichengerüst mit dem Sarg war mit einer Ueberfülle frischen Grüns geschmückt und über ihm war eine polnische Fahne mit dem weissen Adler in amaranthrotem Felde entfaltet. Auf dem Sarge lagen zwei polnische Säbel und eine Krakauer Mütze und rings um ihn blitzten gerade aufgesteckte und kreuzweise zusammengestellte Sensen inmitten des Lichtermeers.

Punkt 9½ Uhr erschien Zar Ferdinand in der Felduniform eines bulgarischen Generals und mit dem Orden des weissen Adlers auf der Brust. (Der Orden des weissen Adlers ist ein ursprünglich polnisches Ehrenzeichen, das die russischen Zaren nach 1831 übernommen haben.) Neben dem Zaren nahmen in der Zarenloge seine beiden Söhne Platz: der Thronfolger Kronprinz Boris und Prinz Kirill.

Mitschiffs der Kathedrale nahmen die Vertreter der bulgarischen Behörden und sonstiger öffentlicher Kör-

perschaften Aufstellung: der Ministerpräsident Radoslawow, der Vertreter des abwesenden Kriegsministers Adjutant Malejew, der Chef der Zarenkanzlei Dr. Bobrowicz, der persönliche Sekretär des Zaren Dr. Weich, der Hofmarschall, der General Markow, der bulgarische Generalissimus General Rjekow, der vorübergehend in Sofia anwesende bulgarische Militärattache in Berlin Oberst Ganczew und viele andere. Von den wissenschaftlichen Korporationen seien erwähnt: eine Abordnung der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften mii den Professoren Kotuszkin und Rajkow an der Spitze, die Universität in Sofia mit dem Rektor Prof. Sziszkow, dem Prorektor Prof. Georgow und und dem Dekan der historisch-literarischen Sektion, ferner aus dem Klub der Freunde Polens Prof. B. Panef und Prof. Mladenow, eine Delegation des heiligen Synodes, Vertreter der literarischen und journalistischen Welt in Sofia, ein Vertreter der österreich-ungarischen Kolonie und sehr viele andere.

Aus den politischen und diplomatischen Kreisen der verbündeten Mächte war nur der österreichisch-ungarische Konsul Dr. Karol Bartoni (ein Pole) mit seiner ganzen Familie anwesend. Die Abwesenheit der Vertreter der andern Mächte wird lediglich durch den Umstand erklärt, dass die Einladungen zu dem Trauergottesdienst verspätet zugestellt wurden, weil die Post in Sofia, infolge des zweitägigen Erdbebens, mehrere Tage unregelmässig funktionierte. Sämtliche Eingeladenen haben das Polnische Komitee nachträglich davon in Kenntnis gesetzt, weshalb sie an dem Gottesdienst nicht teilnehmen konnten.

Die Teilnehmer wurden in der Kathedrale empfangen durch den Vorsitzenden der polnischen Kolonie in Sofia, den päpstlichen Kammerherrn Herrn R. Soczyński, den Vertreter des Obersten Polnischen Nationalkomitees, und den Offizier der polnischen Legionen Dr. T. S. Grabowski.

Zar Ferdinand befahl nach dem Gottesdienst den Kammerherrn Soczyński zu sich und unterhielt sich mit ihm etwa eine halbe Stunde. Zar Ferdinand liess sich über die gegenwärtige Lage in Polen Bericht erstatten und lenkte dann die Aufmerksamkeit auf den Orden des weissen Adlers auf seiner Brust, bei dem übrigens di russischen Farben entfernt waren. Der Zar bemerkte' dass ihn das Schicksal der polnischen Nation stets sehr interessierte, dass sie ihm schon wegen ihrer grossen Vergangenheit und ihrer ungezählten Leiden immer sehr nahe gestanden hat; alle guten und schlechten Lose im Schicksal Polens hat der Zar stets sehr mitempfunden und heute hat er den unerschütterlichen Glauben, dass Polen eine sehr schwere aber auch gleichzeitig ausserordentlich dankbare Aufgabe bevorsteht: der Bau des eigenen Nestes. Die Polen mögen nur in diesem Augenblick genügend Einigkeit und Ausdauer finden, ihre bekannte Intelligenz und geistige Regsamkeit, ihr berühmter Patriotismus und Aufopferungsfähigkeit für das Vaterland möge immer mit Besonnenheit und Kaltblütigkeit Schritt halten, denn gerade die letzteren Eigenschaften sind uns in diesen schweren Zeiten sehr notwendig.

Zar Ferdinand betonte mit Nachdruck, dass er seinen herzlichsten Gefühlen für Polen besonderen Ausdruck geben will und deshalb seine beiden Söhne, den Thronfolger, mitgebracht hat, damit sie das Gedächtnis des polnischen Helden ehren und die Angehörigen der Nation kennen lernen, die jetzt wieder an die Oberfläche der Geschichte auftaucht, aber nicht mehr als grosse, unglückliche und geknechtete, sondern als grosse freie und unabhängige Nation, als Polnischer Staat. Der Zar schloss mit dem herzlichsten Wunsch, sämtliche Hoffnungen der Polen mögen sich so bald und so glücklich wie möglich verwirklichen, damit die begonnene Arbeit raschen Fortschritt machen und baldigst realen Nutzen dem polnischen Volk bringen möge.

Zum Schluss erkundigte sich der Zar nach der gegenwärtigen Lage im Königreich, nach dem Stande der Bestätigung des Regentschaftsrates, nach der Angelegenheit der Legionen und des polnischen Heeres und drückte den Wunsch aus, den Vertreter der Legionen in Sofiia kennen zu lernen.

Viator.

NOTIZEN.

Der Eid des Regenschaftsrates. Der Eid, den die Mitglieder des Regentschaftsrates in der St. Johann-Kathedrale in Warschau geleistet haben, lautet wörtlich:

„Wir schwören dem Allmächtigen und in der Heiligen Dreieinigkeit Einzigen Gott und Polen, dass wir die Regiernng handhaben werden zum allgemeinen Wohl, zur Schaffung der Macht, Unabhängigkeit, Ruhm, Freiheit uad der Eintracht unter den Bürgern des Landes, so wahr uns Gott helfe.“

Exzellenz von Kries, der bisherige Verwaltungschef in Warschau, dessen Beurlaubung gemeldet wurde, wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Die Warschauer Hochschulen wurden am 7. November feierlich wiedereröffnet.

Die Kandidatur des Grafen Adam Tarnowski, des ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschafters in Sofia und Washington zum ersten polnischen Ministerpräsidenten, wurde von der deutschen Regierung abgelehnt.

Laut Meldungen aus Warschau beschloss der Regentschaftsrat, diese Kandidatur noch einmal mit einem ausführlichen Motivierungsbericht aufzustellen.

Krakau für den Regentschaftsrat. Zu einer überaus grossartigen Feierlichkeit wuchs sich die Huldigung aus, die die alte polnische heilige Königsstadt Krakau dem Regentschaftsrate dargebracht hat. Alle Läden waren geschlossen, alle offiziellen und privaten Häuser waren mit Fahnen in nationalpolnischen Farben geschmückt, Schulen und Gewerbe feierten. In der uralten Marienkirche zelebrierte der Erzbischof Symon die Messe vor dem Altar von Veith Stoss; dem Gottesdienst wohnte die höchste Beamtenschaft des Landes und die Vertreter aller möglichen Körperschaften bei. Der Gottesdienst schloss mit dem Lied: „Gott der du Polen“. In einer imponierenden Sitzung im Krakauer Rathaus brachte nachher der Vizepräsident der

Stadt Krakau, Fedorowicz, zum Ausdruck, dass der grosse und einfache polnische politische Gedanke durch das Schicksal dieses gewaltigen Krieges nicht verkrüppelt wurde, sondern mit unerbittlicher geschichtlicher Konsequenz an Geradlinigkeit zunimmt. In das Hoch zu Ehren des Regentschaftsrates, das der Redner zum Schluss ausbrachte, stimmten die Anwesenden mit Begeisterung und Beifall ein. Einstimmig wurde sodann eine Adresse an den Regentschaftsrat beschlossen, in der die Einigkeit der polnischen Nation und die Huldigung der uralten polnischen Königstadt Krakau an die Vertretung der polnischen Krone zum Ausdruck gebracht wurde- Die Adresse wird dem Regentschaftsrat durch eine besondere Abordnung überbracht worden.

Ein Echo des Besuches der deutschen Abgeordneten in Polen. In Heft 78 der „Polnischen Blätter" berichtete unser Warschauer Korrespondent über den Besuch mehrerer deutscher Reichsabgeordneter in Warschau und teilte mit, dieselben seien der Ansicht, dass ein Zugang zur See eine unumgängliche Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung Polens sei und dass diese Frage dadurch gelöst werden könne, dass Danzig der Hafen Polens wird.

Ein Teilnehmer dieses Ausfluges deutscher Abgeordneten nach Polen, Herr R. Löscher, M. d. R., legt Wert darauf, öffentlich feststellen zu lassen, dass er obige Ansichten nicht teilt. Der „Deutschen Łódźer Zeitung" entnehmen wir weiter, dass auch andere Abgeordnete solche Aeusserungen nicht getan haben.

Der Wiederaufbau der polnischen Industrie. Die polnische Zeitung „Echo Polskie" in Russland teilt mit, dass die in Russland lebenden Polen sich sehr für den Wiederaufbau der polnischen Industrie nach dem Kriege interessieren. Brennend ist vor allem die Versorgung der polnischen Industrie nach dem Kriege mit Rohstoffen. Polen kann als Käufer auf dem Weltmarkte erst nach Beendigung der kriegerischen Handlungen auftreten, also schon sehr spät, wo gerade die Nachfrage ausserordentlich gesteigert sein wird. Die polnische Emigration in Russland beschäftigt sich daher mit dem Gedanken, schon jetzt mit dem Aufkauf von Rohstoffen zu beginnen. Die Anregung dazu ist von der Sektion für Textilindustrie bei der Liquidationskommission ausgegangen.

Die Vertreter der neutralen Mächte bei der Einsetzung des Regentschaftsrates. Bei den Warschauer Festlichkeiten anlässlich der Einsetzung des Regentschaftsrates, die einen erhebend nationalen polnischen Charakter angenommen haben, nahmen auch die Vertreter der neutralen Staaten offiziellen Anteil und zwar die Herren: K. Wettler, der Vertreter der Schweiz, P. Wertheim, der Vertreter Persiens, Pereboom, der Vertreter Hollands, J. Löwenberg, der Vertreter Spa-

niens, B. Krzyżański, der Vertreter Norwegens und H. Eiger, der Vertreter Dänemarks. Man schreibt dieser Tatsache in den politischen Kreisen Warschaus besondere Bedeutung zu, weil hier zum ersten Mal die Vertreter der neutralen Staaten an einem staatlichen polnischen Akt offiziell, also mit Wissen und Einwilligung ihrer Regiarungen, teilgenommen haben; auf diese Weise wurde das Vorhandensein des polnischen Staates offiziell wenn auch mittelbar als fertige Tatsache anerkannt. Die Teilnahme der Vertreter der neutralen Staaten bei der Throneinsetzung des Regentschaftsrates wird auch als grundsätzliche Acceptierung der Richtung der polnischen Politik der Zentralmächte durch die neutralen Staaten kommentiert, was auch auf die internationale Lage einen gewissen Einfluss ausüben muss, besonders im Verhältnis zu den Ententeregierungen, die noch keinen offiziellen diplomatischen Akt in der Behandlung der Polenfrage aufzuweisen haben.

Entwurf einer Verfassung für Polen. Prof. Zybichowski, Vorsitzender der Kommission des Staatsrats zur Ausarbeitung der polnischen Verfassung, machte einem Mitarbeiter des „Kurjer Warzawski“ Mitteilungen über den Entwurf, welcher nach fünfmonatiger Arbeit nunmehr fertiggestellt wurde. Hieraus sei folgendes hervorgehoben:

Die Staatsreligion ist die katholische. Die Verfassung ist die erbliche Monarchie. Den ersten König wählt der Landtag. Zur Ehe des Königs ist die Genehmigung des Landtages notwendig. Der König muss im Lande wohnen und darf ohne Zustimmung des Landtages nicht Oberhaupt eines fremden Staates sein. Das Parlament besteht aus Landtag und Senat. Der Landtag wird auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Proportionalwahlrechtes gewählt. Der Senat wird zur Hälfte gewählt, zur Hälfte ernannt. Beim Landtag liegt das Schwergewicht der Entscheidung über die Richtung der staatlichen Politik. Der Senat hat nur die Bedeutung einer hemmenden Instanz.

Aus den Geheimnissen der russischen Ochrana. Die russische Zeitung „Djen“ veröffentlicht die amtlichen Berichte der russischen Ochrana über die Tätigkeit des Spitzels und Henkers in Łódź, Richard Fremel. Fremel hat im ganzen 104 Menschen gehängt, hauptsächlich Łódżer Arbeiter, darunter auch seinen eigenen Bruder. Vor einigen Jahren wurde erzählt, dass Fremel unter einem anderen Namen im Norden Berlins als Gastwirt leben soll.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Załachowski, Charlottenburg.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.